

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden  
Verlagsnummer: 25 241  
Kurs Nr. Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 10. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Hg., für außerwärts 40 Hg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Hg., außerhalb 25 Hg., die 20 mm breite Zeile 100 Hg., außerhalb 200 Hg., Offertengelder 50 Hg., Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung.

Geschäftliche und Anzeigenverträge  
Märkerstraße 33/34  
Druck und Verlag von Siegfried Reichardt in Dresden  
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Wachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersollene Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Schwere deutsche Unflagen im Polen-Genat.

### Auftrag Hindenburgs an Müller-Franken zur Bildung der Weimarer Koalition.

#### Ungeföhnte Terrorakte.

Warschau, 22. Juni. Bei der heutigen Aussprache des Senats über das Budget nahm auch der in Ostpreußen gewählte deutsche Senator Pant das Wort. Er betonte, daß in Ostpreußen gegenüber der deutschen Minderheit bloß die brutale Kraft in Anwendung gelange, und daß auch die Justiz nur dem einen Ziele diene, das Land zu entdeutschen. Die Zahl der terroristischen Akte gegenüber den Deutschen betrage einige hundert, und es müßte hervorgehoben werden, daß diese Terrorakte größtenteils ganz straflos blieben oder nur ganz lächerliche Strafen verhängt würden. Kein einziger Dynamitanschlag, der gegen die Deutschen verübt wurde, sei bestraft worden, weil man angeblich die Täter nicht entdecken konnte. Am 6. November v. J. sei der Sejmabgeordnete Franz fast zu Tode geprügelt worden. Der Redner wies noch darauf hin, daß die polnischen Richter bei den Gerichtsverhandlungen aus ihrer feindseligen Einstellung gegenüber den Deutschen kein Hehl machten. Wenn die polnischen Gerichte jede strafwürdige Tat, ohne Rücksicht darauf, wer sie begangen hatte und gegen wen sie gerichtet war, ahndeten, würden in Polen ruhige und friedliche Zustände herrschen.

Deutsche Blätter, die sich maßvoller Sprache befleißigen, schon deshalb, um nicht mit den Pressegesetzen in Konflikt zu geraten, werden trotzdem ununterbrochen drangsaliert und schikaniert. Ein einzelnes Blatt ist binnen verhältnismäßig kurzer Zeit mehr als hundertmal beschlagnahmt und verboten worden, nur weil es wahrheitsgetreue Berichte über Vorkommnisse im ostpreussischen Schulstreit und über die beim Völkerbundrat eingereichten Beschwerden gab. Polnische Blätter, die gegen die deutsche Minderheit zu Gewalt und Aufruhr gehetzt haben und immer weiter hetzen, gehen nicht nur straflos aus, sondern sie werden noch von den polnischen Behörden in ihrem Tun und Treiben gestärkt und ermuntert.

Jeder Deutsche, namentlich, wenn er zu einer deutschen Organisation gehört, ist so gut wie vogelfrei. Wer dagegen zu dem Verband der Unabhängigen oder zum polnischen Weltmarkenverein gehört, besitzt in seiner Mitgliedschaft einen Freibrief für alle Ausschreitungen, die er sich mit voller Kenntnis der polnischen Behörden und der polnischen Polizei gestatten darf.

So wird die deutsche Bevölkerung nach der Schilderung ihres Vertreters im Senat verfolgt. Eine Besserung wird durch diese mutigen Darlegungen natürlich nicht eintreten. Die bisherigen Unflagen im Parlament haben ja nichts gebessert. Immerhin werden aber die unerhörten Worte des deutschen Abgeordneten dazu beitragen, der Welt zu zeigen, wie in

Polen die Freiheit der Persönlichkeit aufgefaßt wird. Auch können sie die Beschwerde, die der Präsident Calonder dem Völkerbundrat selbst gegen das Verhalten der polnischen Behörden einreichen mußte, stützen.

#### Gegen Jaleskis Rheinlandwünsche.

Ansichten des „Manchester Guardian“.

London, 22. Juni. Etwas seltsam besaß sich in letzter Zeit der „Manchester Guardian“ mit der Rheinlandfrage. Vor kurzem stellte das Blatt fest, daß die Rheinlandfrage die deutschen Gemüter nicht mehr in Erregung bringen könne; in seinem Donnerstag-Beitrag vergleicht das Blatt die gegenwärtige Rheinlandbesetzung mit den Ketten eines Gefangenen, der nur durch ein gelegentliches Zerran an der Kette überhaupt merke, daß er nicht frei ist. Bis zu seiner Befreiung werde dem Gefangenen noch manches Versprechen durch ein Zerran an der Kette entlockt werden. Ein solches Zerran sei die Haltung des polnischen Außenministers in der Rheinlandfrage, eine Haltung, die wohl auf französische Einflüsse zurückgehe.

Engländer müßte Jaleskis Verlangen nach einem Ostloccarno abgelehnt werden. Wenn Polen sich auf seine Eigenmacht als alliierte Macht berufe, so teile es diese Ehre auch mit anderen Staaten wie Kuba, Siam, Liberia und Haiti. Auch diese Staaten könnten die Rheinlandbesetzung von der Erfüllung ihrer Ansprüche abhängig machen wollen. Jaleskis Wünsche nach einem Ostloccarno seien aber nicht. Schon der Begriff Ostloccarno sei absurd. Vocarno sei Vocarno. Die an Polen verlorenen Gebiete könnten niemals mit Ersatzvorbringen verglichen werden. Eine Neuregelung der deutschen Ostgrenze sei allein schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit wünschenswert. Eine Revision von Vertragsabmachungen bedeute hier die Wiederherstellung eines im Interesse beider Völker wünschenswerten Zustandes. Unter der gegenwärtigen Grenzziehung litten nicht nur Deutsche sondern auch Polen.

Groß-Britannien habe mit der Garantie der deutschen Ostgrenze schon genug getan. Die bloße Feststellung, daß ein Engländer das Leben einlegen soll, um Polens Grenzen vor einer dringend notwendigen Abänderung zu bewahren, sei schon absurd. Oder, so fragt der „Manchester Guardian“, glaubt Jaleski wirklich, daß englische Soldaten bereit sind zu sterben oder sich zu Krüppeln schließen zu lassen, daß englische Familien und das britische Schachmat schwere Verluste zu erleiden gewillt seien, nur um polnischer Wünsche willen, die nicht einmal vernünftig sind? Jede Macht, die es versuche, die Rheinlandbesetzung zu verdrängen, um für sich noch eine Sondergarantie zu erhalten, solle über Englands Haltung dazu nicht im unklaren gelassen werden.

#### Blick nach Osten!

Rings um Deutschland spinnen die Kanzleien der Staaten wieder Fäden zu neuem politischen Netzwerk. In Bukarest konferieren die Außenminister der kleinen Entente. Rom und der Dual d'Orsay verfolgen mit gespanntem Interesse die Verhandlungen. Und Jaleski, Polens Außenminister, ist dabei, das mit Poincaré in Paris abgekartete Spiel zu Ende zu führen. Wahrscheinlich Vorgänge, denen Deutschland größte Aufmerksamkeit schenken sollte. Doch in Berlin hat man etwas anderes zu tun. Die Außenpolitik ist inaktionsunfähig, da das „geschäftsführende“ Kabinett nicht mehr im Namen des Volkes regiert und Herr Müller-Franken mit seinem klüppigen Gremium immer noch auf der Suche nach einer neuen Regierung ist. So raffte sich denn die Wilhelmstraße nur dazu auf, Herrn Jaleskis bekanntes Offener Intervall über die Verbindung von Rheinlandräumung und Ostfragen in schön gesehten Worten als „wenig glückliche Selbstinterpretation“ abzuweilen. Sehr bedauerlich ist es, daß das Außenamt nicht mit einem offensiven Propagandaseldzug geantwortet hat, um die deutsche Öffentlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Deutschland im Osten seit der Jaleski-Reise in wachsendem Maße drohen, und um der Weltmeinung zu zeigen, daß die neuen politischen Pläne Polens eine Gefährdung des europäischen Friedens bedeuten. Die Pariser „Volonté“ hat die wirklichen Absichten des Jaleski-Besuches besser erkannt als die Berliner offiziellen Stellen. Sie schreibt: „Das wahre Ziel seiner Reise sei nicht gewesen, Worte des Friedens und der internationalen Eintracht zu sprechen, sondern zu sondieren, welche Unterstützung seine Expansionspolitik bei den Regierungen finden könnte, die ein Interesse daran hätten, seine Pläne zu fördern.“ Diese Pläne laufen auf Schaffung eines Groß-Polens hinaus. Sie als phantastische Bestrebungen auf die leichte Achsel zu nehmen, wäre sehr unpolitisch gehandelt, denn des Polen Fähigkeit in der Verfolgung einmal gesteckter Ziele ist bekannt.

Seider hat die Sorge um das Rheinland und die Räumung der besetzten Gebiete den Blick der deutschen Nation von dem Osten abgelenkt. Obwohl gerade die Probleme der Ostgrenzen für Deutschlands Zukunft von größter Bedeutung sind. Denn die Wunden, die dort in den Leib des Vaterlandes gerissen wurden, müssen geheilt werden, weil sonst Nation und Staat daran verbluten. Die Öffentlichkeit kann daher nicht genug mobil gemacht werden gegen das nachsichtige und nachgiebige Verhalten dem polnischen Nachbar gegenüber, das die Linke in politischen und wirtschaftlichen Dingen immer wieder predigt. Die Presse und Politiker dieser Richtung leugnen absichtlich die polnischen Expansionsbestrebungen, weil sie nicht in das von ihnen vertretene Programm der Weltverbüderung hineinpassen. Diese Expansionspolitik ist um so gefährlicher, als sich Polens Landhunger ganz besonders auch auf die deutschen Grenzmarken richtet. Was ein Ostloccarno bedeuten würde, das weiß heute jeder politische WS-Schütze. Nicht nur würde es den Raub der östlichen Gebiete aufheben, sondern für immer der Nation die Möglichkeit nehmen, den Weg zu gehen, den ihr die Geschichte seit 1000 Jahren vorschreibt — den Weg nach dem Osten. Ozyren, jetzt schon vom Mutterland getrennt, würde der polnischen Umklammerung dann schnell erliegen. Danzig, das Warschau am liebsten schon jetzt sich unterwerfen möchte, wie die Sejmmitglieder auf ihrer Hafensbesichtigungsreise unmißverständlich äußerten, wäre ebenfalls verloren. Aber Polen streckt nicht nur verlangende Hände aus nach der ostpreussischen Ostsee, sondern drängt auch nach der Gewinnung der Oderlinie, „der natürlichen Grenze des Landes“. Die friedliche Durchdringung der „unerlösten“ Gebiete, an der Warschau seit Jahren mit allen Kräften arbeitet, und durch die es sich Rechtstitel zu schaffen sucht, ist Beweis genug. Und die besorgniserregende Abwanderung der Deutschen aus der Ostmark — die Zahlen gehen jährlich in die Hunderttausende — erleichtert den Polen durch das bedauerliche Einstromen ihrer Saisonarbeiter sowie schon die Situation beträchtlich. Kommt es noch zu einem Handelsvertrag auf dem Boden der „Verhandlungspolitik“ der Linksparteien, der Ostpreußens Landwirtschaft einfach die Existenzmöglichkeit rauben würde, dann dürfte die Abwanderung katastrophal werden.

Wahrlich, es wird höchste Zeit, daß das deutsche Volk endlich einmal die Zusammenhänge erkennt und die Gefahren richtig einschätzen lernt, die ihm im Osten drohen, um auch eine Linkspartei dazu zu zwingen, die Wahrung deutscher Lebensnotwendigkeiten nicht einfach dem Grundgesetz „billige Nahrungsmittel“ zu opfern. Unverantwortlich ist die Verbunkelungspolitik, die die Linke in den Ostfragen treibt. Anstatt die Korridorfrage im Volke lebendig zu erhalten und zum Problem der europäischen Politik zu erheben, versuchen sozialdemokratische Führer, den Korridor für die Augen der Nation „unsichtbar“ zu machen. Hat doch Lobe bei seinem

## Das nationale Ziel der Kuomintang.

### Blinde Nachahmung Europas abgelehnt.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Juni. Der frühere Presschef des politischen Büros der chinesischen Nationalregierung, Mitglied des Exekutivkomitees der Kuomintang, Minister Su Han-Min, warb auf einem Presseempfang für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und dem durch die letzten Vorgänge in China offenbar der Einigung ziemlich nahe gekommenen Reichreich des Ostens. Su Han-Min wies darauf hin, daß die Abhängigkeit der europäischen Presse von den Nachrichtenagenturen, die oftmals absichtlich falsche Nachrichten lancierten, viel dazu beitrage, eine weitgehende Verständigung über die wahren chinesischen Verhältnisse zu verhindern.

China habe die erste Periode seiner nationalen Revolution abgeschlossen.

Su Han-Min schilderte den Sturz der Mandchus in der ersten chinesischen Revolution vom Jahre 1911 durch die Kuomintang unter der Führung Sunjatsens. Dieser habe in seiner Lehre hinterlassen, daß die chinesische Nationalrevolution drei Perioden durchzumachen habe. Die erste werde militärischer Natur sein mit dem Ziel, die Macht der Fremden und die monarchistische Militärdiktatur niederzukämpfen. Hieran werde sich die Periode der Volkserziehung knüpfen, in der das Volk für eine moderne Staatsform reif gemacht werden soll und in der die Wirtschaft Chinas entwickelt werden solle. Die dritte Periode sei dann der Abschnitt der Verfassungsgebung, in der das Volk, reif geworden durch die Erziehung zum modernen Staatsdenken, sich dann die neue Verfassung geben könnte. Jetzt sei die erste Periode zu Ende und man bedürfte der Hilfe deutscher Techniker und deutscher Maschinen. Die Beziehungen beider Länder seien in ihren Voraussetzungen deshalb besonders günstig, weil zwischen Deutschland und China keine Verträge beständen, die gegen den Gedanken der Gleichberechtigung gerichtet wären.

Die Kuomintang werde so lange, bis die drei Entwicklungsperioden nach dem Programm Sunjatsens abgeschlossen seien, China diktatorisch regieren. Die Finanzverwaltung werde zentralisiert werden. Die Innenverwaltung werde durch Verhandlungen mit den betreffenden Mächten abgelehnt werden. Auf die Frage, wie sich die Kuomintang zum Gedanken des modernen Parlamentarismus stelle, erwiderte Su Han-Min, daß ein Parlamentarismus nach europäischem Muster in der jetzt beginnenden Periode der Erziehungsverwaltung nicht in Frage komme.

Auch die Frage der Frauenemanzipation werde und könne nicht im europäischen Sinne gelöst werden, da die Gesellschaftsstruktur Chinas auf dem Grund patriarchalischer Familienherrschaft und einem Europa ganz fremden Kollektivismus beruhe. Eine fortschreitende Industrialisierung Chinas werde voraussetzlich an Stelle dieser althergebrachten patriarchalischen Verhältnisse andere Formen setzen. Indessen werde der Kollektivismus abgelehnt werden.

Recht interessant waren schließlich die Grundwahrheiten, die Su Han-Min über das Gleichberechtigungsideal der Demokratie aussprach. Er erklärte, wo Unfreiheit künstlich gemacht würde, müsse sie abgeschafft werden, aber in dem Menschen sei eine natürliche Unfreiheit, die anzutasten niemals der Sinn des demokratischen Gedankens sein könne. Der moderne europäische Parlamentarismus frage viel zu sehr nach den Rechten des einzelnen als nach dessen Fähigkeiten. Der Mensch der Kuomintang sei, erst die Fähigkeiten bei den Menschen zu entwickeln und ihnen erst dann Rechte anzubilligen.

#### Peiping statt Peking.

Die Neuordnung in China.

Paris, 22. Juni. Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ in Schanghai meldet, daß zwischen den Nationalisten und den Delegierten von Nanking über ein Kompromiß verhandelt werde, das der Mandchurei die Führung der nationalistischen Flagge und die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens ermöglichen soll. Die Nankingregierung habe beschlossen, Nanking als Hauptstadt beizubehalten. Peking werde unter dem Namen Peiping (Stadt des Friedens) Provinzialhauptort werden. Die Provinz Tschihi sei umgetauft worden in Hopai (Land jenseits des Gelben Flusses). Außenminister Wang habe das diplomatische Korps aufgefordert, offizielle Vertreter nach Nanking zu entsenden. Wegen des Verfalls von Nanking glaube man aber, daß die Entthronung Peking nur eine vorübergehende sein werde.

#### Das Eisenbahnunglück von Bollnäs.

Stockholm, 22. Juni. Nach den bisherigen Ermittlungen beträgt die Zahl der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe bei Bollnäs 14, die der Verletzten 20.